Stadt Neubrandenburg

Tagesordnungspunkt

24

	oraniaeribarg	X öffentlich nicht öffentl Sitzungsdatum	ich ı: 28. Januar 2010
Drucksachen-Nr.:	V/149		
Beschluss-Nr.:	72/06/10	Beschlussdatu m:	28. Januar 2010
Gegenstand: Neubrandenburg als Sit Landesteil		itz des Polizeipräsidiums für den östlichen	
Einreicher:	CDU Fraktion Fraktion DIE LINKE SPD Fraktion		
Beschlussfassung durch: Oberbürgerm Betriebsauss		Hauptausschuss Jugendhilfeausschuss X Stadtvertretung	
Beratung im:			
Hau	ptausschuss	Sta	dtentwicklungsausschuss
Hauptausschuss		Kult	turausschuss
Fina	ınzausschuss	Sch	ul- und Sportausschuss
Rec	hnungsprüfungsausschuss	Soz	rialausschuss
Jugo	endhilfeausschuss	Um	weltausschuss
Betr	iebsausschuss		
N	0040		

Neubrandenburg, 26. Januar 2010

Markus Bitto Fraktionsvorsitzender CDU Fraktion Caterina Muth Fraktionsvorsitzende Fraktion DIE LINKE Michael Stieber Fraktionsvorsitzender

SPD Fraktion

Beschlussvorschlag:

Auf der Grundlage des § 22 Abs. 1 und 2 der KV M-V wird durch die Stadtvertretung Neubrandenburg folgender Beschluss gefasst:

Die Stadtvertretung Neubrandenburg befürwortet den Vorschlag der Landesregierung, dass der Landtag des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Neubrandenburg als Sitz des Polizeipräsidiums

für den östlichen Landesteil beschließt.

Finanzielle Auswirkungen: keine

Begründung:

Der Gesetzentwurf der Landesregierung zur Neuorganisation der Landespolizei in Mecklenburg-Vorpommern befindet sich derzeit in der parlamentarischen Beratung. Richtigerweise benennt der vom Innenministerium erarbeitete Gesetzentwurf die beiden Oberzentren Rostock und Neubrandenburg als Sitz der zwei in den Landesteilen "West" und "Ost" zu bildenden Polizeipräsidien.

Grund hierfür sind Kriterien wie Infrastruktur, Kriminalitätsrate, Unfallhäufigkeit usw. Ziel ist eine straffere Organisation und die Verbesserung der Präsenz unserer Polizei in der Fläche. Eine Verlegung des Polizeipräsidiums nach Anklam, wie zuletzt von Vertretern des Landkreises Ostvorpommern gefordert, scheidet daher aus.